

kmu CHECK

GROSSRATS- MAILING 12/24

{{ contact.BRIEFANREDE }} {{ contact.NACHNAME }},
im Hinblick auf die kommenden Sitzungen des Grossen Rats senden wir Ihnen unsere Stellungnahme. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diese Empfehlungen in Ihren Fraktionssitzungen sowie im Grossen Rat einbringen. Vielen Dank! Herzlich, Ihr Gewerbeverband Basel-Stadt

Der Gewerbeverband Basel-Stadt wünscht Ihnen und Ihren Familien zum Jahresende eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr. Für das entgegengebrachte Vertrauen und die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr möchten wir uns herzlich bedanken. Gemeinsam gestalten wir die Zukunft unserer Wirtschaftsregion stark und nachhaltig.

[Stellungnahme als PDF](#)

ÜBERSICHT

- ✘ **Traktandum 21:** Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung (24.5464)
- ✘ **Traktandum 22:** Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen (24.5465)
- ✔ **Traktandum 28:** Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Evaluation und möglicher Anpassung des Taxigesetzes (24.5224)
- ✔ **Traktandum 29:** Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend Stärkung der dualen Berufsbildung durch besseren Einbezug der Wirtschaft (24.5248)
- ✔ **Traktandum 43:** Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Gauben erlauben – und auch Dacheinschnitte, bitte (24.5270)
- ✔ **Traktandum 70:** Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend die Bewirtschaftung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur für E-Nutzfahrzeuge (24.5466)

✓ **Traktandum 82:** Zwischenbericht des Regierungsrates zur Motion Joël Thüring betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie (22.5302)

✓ **Traktandum 86:** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Erhöhung der Abschlüsse auf der Sekundarstufe II (22.5329)

✗ **Traktandum 88:** Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Weiterbildungsgutscheinen für Lehrabgängerinnen (22.5402)

✓ **Traktandum 95:** Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zur Teilrevision des Gesetzes betreffend Einreihung und Entlohnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Basel-Stadt betreffend gesetzliche Grundlage für Lohnnebenleistungen (24.0748)

Traktandum 21 (24.5464):

Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend

VISION ZERO IN DER BASLER VERKEHRSPANUNG

Der Gewerbeverband Basel-Stadt misst der Verkehrssicherheit aller Verkehrsträger einen hohen Stellenwert bei, erachtet aber die bisherigen bedarfsorientierten Massnahmen für ausreichend. Der Verband weist darauf hin, dass die Stadt Basel im Vergleich zu anderen Schweizer Städten bereits proportional den tiefsten Wert bei der Anzahl an Unfällen mit Personenschaden im Jahresmittel aufweist. Angesichts der Wirksamkeit der bestehenden Massnahmen zur Unfallprävention lehnt der Verband die Forderung nach der Erarbeitung eines separaten Verkehrssicherheitsplans mit zusätzlichen kurz- und mittelfristigen Massnahmen ab. Der Verband ist der Überzeugung, dass die Kantonspolizei und die anderen zuständigen Behörden bereits über die nötigen Zuständigkeiten und Mittel zur gezielten Bewältigung von Unfallhäufungen und zur Sicherung besonderer Gefahrenstellen im Stadtgebiet verfügen. Der Verband sieht überdies die Gefahr, dass mit der Erarbeitung eines neuen Verkehrssicherheitsplans Ressourcen in Planung und Verwaltung anstatt in die Umsetzung bereits bestehender wirkungsvoller Vollzugsmassnahmen investiert wird.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✗ Die bisherigen bedarfsorientierten Massnahmen sind ausreichend. Die Einführung weiterer Massnahmen ist voraussichtlich mit zusätzlichen Einschränkungen für den Wirtschaftsverkehr verbunden.

✗ Unklar ist auch, ob die finanziellen und personellen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung zusätzlicher Massnahmen in einem angemessenen Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehen.

► Wir bitten Sie, die Motion Heidi Mück und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 22 (24.5465):

Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend

SCHULWEGSICHERHEIT RASCH UND KONKRET UMSETZEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt befürwortet grundsätzlich Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit, sofern deren Umsetzung überlegt und zielgerichtet erfolgt. Den vorliegenden Vorstoss lehnt der Verband jedoch ab, da die geforderten Massnahmen in der beantragten Form eine umfassende Planung und Abstimmung mit allen betroffenen Akteuren, insbesondere den Gewerbetreibenden, erfordern. Der dafür vorgesehene enge zeitliche Rahmen bietet hierfür keinen angemessenen Spielraum. Der Wirtschaftsverkehr steht bereits durch steigende Anforderungen an Lieferzeiten und Verkehrsfluss erheblich unter Druck. Die Umsetzung der geplanten Massnahmen in so kurzer Zeit birgt das Risiko erheblicher Verkehrsbehinderungen, insbesondere im innerstädtischen Bereich, wo die Erreichbarkeit für den Wirtschaftsverkehr schon jetzt erschwert ist. Besonders kritisch sieht der Gewerbeverband Basel-Stadt die vorgeschlagenen autofreien Zonen und Verkehrsbeschränkungen während der Hauptverkehrszeiten.

kmu-check - Nachteile für KMU:

- ✘ Die Frist zur Umsetzung der erforderlichen Massnahmen ist unzureichend. Die Umsetzung der erforderlichen baulichen Massnahmen bedarf eines erheblichen Mitteleinsatzes sowie einer sorgfältigen Planung und Koordination.
- ✘ Durch die Einführung von Fahrverboten und neuen Verkehrsführungen wird die Erreichbarkeit von Kunden, Lieferanten oder Betriebsstätten erschwert. Dies verursacht für Unternehmen Verzögerungen im Betriebsablauf und erhöht die Betriebskosten.

► Wir bitten Sie, die Motion Tonja Zürcher und Konsorten nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 28 (24.5224):

Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend

EVALUATION UND MÖGLICHER ANPASSUNG DES TAXIGESETZES

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt die Forderung nach einer Evaluation des bestehenden Taxigesetzes und befürwortet die Prüfung allfälliger gesetzlicher Änderungen. Die tiefgreifenden Veränderungen im Taximarkt, verursacht durch die Digitalisierung und das Aufkommen neuer Fahrdienstleister, haben einen erheblichen Einfluss auf die Marktbedingungen und die Arbeitsbedingungen der Fahrerinnen und Fahrer. Änderungen bei der Erteilung von Taxifahr- und Taxibetriebsgenehmigungen bieten in dem Zusammenhang allenfalls die Möglichkeit zur Verbesserung der Marktfunktionalität.

kmu-check - Vorteile für KMU:

- ✔ Durch die Evaluation des Taxigesetzes wird sichergestellt, dass das Gesetz den Veränderungen des Marktes gerecht wird.
- ✔ Zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Marktes im gewerblichen Personentransport erscheinen Gesetzesänderungen erforderlich.

► Wir bitten Sie, den Anzug Beda Baumgartner und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 29 (24.5248):

Anzug Daniel Seiler und Konsorten betreffend

STÄRKUNG DER DUALEN BERUFSBILDUNG DURCH BESSEREN EINBEZUG DER WIRTSCHAFT

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt nachdrücklich die Forderung nach einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Schulen, Wirtschaft und Verbänden. Die Zusammenarbeit ist entscheidend für die Stärkung des Bewusstseins für die Möglichkeiten der Berufsbildung. Es ist unabdingbar, dass die Lehrpersonen in allen Leistungszügen über das relevante Wissen zur Berufsbildung verfügen und dieses systematisch an die Schülerinnen und Schüler weitergeben können. Die Verankerung der Berufsbildung in den Lehrplänen und der Einbezug von Wirtschaft und Verbänden in die Laufbahnberatung sind zentrale Massnahmen, um den Jugendlichen die vielfältigen Möglichkeiten einer Berufslehre aufzuzeigen. Mit diesen Massnahmen kann der Bildungserfolg vieler Jugendlicher langfristig gesichert und damit ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt geleistet werden. Der Gewerbeverband Basel-Stadt ist in dem Zusammenhang bereit, die notwendigen Schritte zu unterstützen und gemeinsam mit allen Beteiligten an der erfolgreichen Umsetzung dieser Forderung mitzuwirken.

kmu-check - Vorteile für KMU:

- ✓ Unternehmen haben Zugang zu einer grösseren Zahl an potenziellen Bewerberinnen und Bewerber, wodurch sich die Kosten und der Aufwand für die Rekrutierung neuer Auszubildender verringern.
 - ✓ Durch die Zusammenarbeit mit den Schulen können Unternehmen Einfluss auf den Lehrinhalt nehmen und sicherstellen, dass dieser den Anforderungen des Marktes entspricht.
- Wir bitten Sie, den Anzug Daniel Seiler und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 43 (24.5270):

Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend

GAUBEN ERLAUBEN - UND AUCH DACHEINSCHNITTE, BITTE

Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst den Vorschlag, dass der Regierungsrat die Vereinfachung der baurechtlichen Vorschriften bezüglich Dachgauben und Dacheinschnitten im Bau- und Planungsrecht prüft. Die geltenden Regelungen erschweren derzeit die Umsetzung solcher baulicher Massnahmen erheblich. Zudem gestaltet sich das Bewilligungsverfahren für Dachgauben oft langwierig, wodurch Verzögerungen und Mehrkosten entstehen. Die Vereinfachung der baurechtlichen Vorschriften bezüglich Dachgauben und Dacheinschnitten ermöglicht die Aktivierung und Nutzung bisher ungenutzter Flächen und Bereitstellung von dringend benötigten neuen Wohnraum. Zudem kann damit dem Bedürfnis der Bevölkerung nach grosszügigeren Wohnungen entsprochen werden. Insgesamt wird dadurch der Wohnungsknappheit durch Nachverdichtung im Bestand entgegengewirkt und ein Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung geleistet.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Die Vereinfachung der baurechtlichen Vorschriften für den Einbau von Dachgauben beschleunigt den Planungs- und Bauprozess und erhöht damit die Attraktivität von Investitionen in den Dachausbau.

► Wir bitten Sie, den Anzug Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 70 (24.5466):

Anzug Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten betreffend

BEWIRTSCHAFTUNG ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHER LADEINFRASTRUKTUR

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt die Massnahmen des Kantons zur Dekarbonisierung des Wirtschaftsverkehrs im Rahmen des kantonalen Klima-Aktionsplan, insbesondere die Förderung von batterieelektrischen Nutzfahrzeugen. Der Verband vertritt in diesem Zusammenhang die Haltung, dass der Markthochlauf von batterieelektrischen Nutzfahrzeugen voraussetzt, dass deren Einsatz kostenseitig konkurrenzfähig ist. Dies wiederum setzt einen möglichst hohen Nutzungsgrad voraus. Zur Sicherstellung eines möglichst hohen Nutzungsgrades ist die Integration des Ladevorgangs in den Betriebsablauf und die Betriebszeiten für Unternehmen daher unabdingbar. Unternehmen können hierfür zum einen die Standzeiten des Fahrzeugs ausserhalb der Betriebszeiten zum Laden nutzen und zum anderen Zwischenladungen in den Betriebsprozess integrieren. Für Zwischenladungen sind die Unternehmen allerdings auf die Verfügbarkeit von Ladestationen im öffentlichen Strassenraum angewiesen. Vor dem Hintergrund, dass die Verfügbarkeit von Ladeinfrastruktur je nach Standort und Nachfrage variiert, erscheint es erforderlich, dass Unternehmen vorausschauend planen und bei Bedarf reservieren können, um sicherzustellen, dass während der Stand- und Wartezeiten der Zugang zu einer Ladestation besteht. Insofern wird begrüsst, dass der Regierungsrat unter anderem die Möglichkeit der Reservierung von Parkflächen mit Ladesäulen, die Ausweitung der Lade- und Parkzeiten sowie die Bevorzugung von Nutzfahrzeugen bei der Nutzung der Ladeinfrastruktur tagsüber prüft.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Durch die Reservierungsmöglichkeit von Parkflächen mit Ladepunkten können Unternehmen den Ladevorgang effizient in den Betriebsablauf integrieren und damit den Nutzungsgrad des jeweiligen Fahrzeuges maximieren.

✓ Dadurch wird der Einsatz von batterieelektrischen Nutzfahrzeugen im Vergleich zum Einsatz von konventionell angetriebenen Fahrzeugen kostenseitig konkurrenzfähig, was wiederum den Markthochlauf von batterieelektrischen Nutzfahrzeugen fördert.

► Wir bitten Sie, den Anzug Motion Nicole Strahm-Lavanchy und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 82 (22.5302):

Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend

EINDÄMMUNG ÜBERBORDENDER BÜROKRATIE

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt weiterhin die Forderung des Motionärs zur Vereinfachung und Beschleunigung des Prüf- und Bewilligungsverfahrens vor der Wohnschutzkommission. Der Verband weist darauf hin, dass die Komplexität und Dauer dieser Verfahren für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer erhebliche Nachteile mit sich bringen kann. Vor diesem Hintergrund erscheint die Digitalisierung der Gesuchseinreichung sowie des Geschäftsverkehrs sinnvoll und zielführend. Der Gewerbeverband Basel-Stadt teilt jedoch die Auffassung des Regierungsrates, dass für die Weiterführung der Digitalisierung des Vollzugs die gesetzlichen Grundlagen und die Praxis der Wohnschutzkommission gefestigt sein müssen und absehbar sein soll, in welche Richtung sich die Rechtsauslegung entwickeln wird. Aus diesem Grund empfiehlt der Gewerbeverband Basel-Stadt, die Frist zur Erfüllung der Motion zu verlängern.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Der mit den verschiedenen Prüf- und Bewilligungsverfahren einhergehende Ressourcen- und Kostenaufwand wird durch die Digitalisierung der Gesuchseinreichung und des Geschäftsverkehrs gesenkt.

► Wir bitten Sie, die Frist zur Erfüllung der Motion Joël Thüring und Konsorten zu erstrecken.

Traktandum 86 (22.5329):

Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend

ERHÖHUNG DER ABSCHLÜSSE AUF SEKUNDARSTUFE II

Der Gewerbeverband Basel-Stadt misst dem bildungspolitischen Ziel, dass 95% der jungen Erwachsenen im Alter von 25 Jahren über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen, einen hohen Stellenwert bei. Dieses Ziel ist besonders relevant, da Personen ohne entsprechenden Abschluss vermehrt prekären Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit oder dem Sozialhilfebezug ausgesetzt sind. In diesem Zusammenhang sind aus Sicht des Gewerbeverbands Basel-Stadt die bestehenden Strukturen, einschliesslich individueller Fördermassnahmen wie spezifischen Beratungsangeboten, praxisnahen Brückenangeboten und gezieltem Mentoring, unerlässlich für die Unterstützung und Begleitung von Jugendlichen beim Einstieg in die Berufsbildung und ins Erwerbsleben. Daher fordert der Gewerbeverband Basel-Stadt, dass der Regierungsrat im Rahmen der Beantwortung des Anzugs erneut über die bestehenden Fördermassnahmen berichtet und deren Erweiterung gegebenenfalls prüft.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✓ Ein nachobligatorischer Bildungsabschluss ist entscheidend für die Integration junger Erwachsener in den Arbeitsmarkt und trägt indirekt auch zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs der Unternehmen bei.

► Wir bitten Sie, den Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten stehenzulassen.

Traktandum 88 (22.5402):

Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend

WEITERBILDUNGSGUTSCHEINE FÜR LEHRABGÄNGERINNEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt setzt sich für die Durchlässigkeit zwischen allgemeinbildender und beruflicher Bildung ein. Zudem stärkt der Verband bei Jugendlichen das Bewusstsein für die Bedeutung und Vielfalt von Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen einer beruflichen Ausbildung. Wie der Regierungsrat ausführt, ist die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen im Kanton Basel-Stadt grundsätzlich gegeben. Unter anderem ist der Besuch der Berufsmaturitätsschulen zur Erlangung der Berufsmaturität während oder nach der Berufslehre unentgeltlich, ebenso der Besuch des Vorbereitungskurses für die Ergänzungsprüfung, die nach Erlangung der Berufsmaturität den Zugang zum Hochschulstudium ermöglicht. Zudem richtet der Kanton bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen bedarfsabhängig Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien und Darlehen an Jugendliche für deren Aus- und Weiterbildung aus. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ausrichtung von Weiterbildungsgutscheinen redundant.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Der Kanton unterstützt bereits bedarfsorientiert die Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen. Auch die Unternehmen investieren gezielt in die Aus- und Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

► Wir bitten Sie, den Anzug Mark Eichner und Konsorten abzuschreiben.

Traktandum 95 (24.0748):

Bericht der Wirtschafts- und Abgabenkommission zur

TEILREVISION DES LOHNGESETZES

Der Gewerbeverband Basel-Stadt erachtet die Einführung einer allgemeinen, formell-gesetzlichen Regelung für die Ausrichtung von Lohnnebenleistungen an die Mitarbeitenden des Kantons grundsätzlich für zweckdienlich. Derzeit ist die Ausrichtung solcher Leistungen lediglich auf Basis spezialgesetzlicher Regelungen möglich. Der Verband anerkennt zudem, dass Lohnnebenleistungen einem häufig geäusserten Wunsch der Mitarbeitenden entsprechen und vielfach als Zeichen der Wertschätzung wahrgenommen werden. Zudem tragen Lohnnebenleistungen massgeblich zur Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden bei. Gleichzeitig mahnt der Verband zur Zurückhaltung bei der Ausgestaltung derartiger Lohnnebenleistungen. Es ist sicherzustellen, dass der Umfang der unentgeltlichen oder verbilligten Sachleistungen des Kantons an die Mitarbeitenden so bemessen ist, dass dadurch kein Wettbewerbsnachteil für die privatwirtschaftlichen Unternehmen entsteht und die Finanzierbarkeit dieser Leistungen nachhaltig gesichert ist. Vor diesem Hintergrund fordert der Gewerbeverband Basel-Stadt, dass der Kanton vor der Einführung allfälliger Lohnnebenleistungen deren Nutzen sowie die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen umfassend evaluiert.

kmu-check - Vorteile für KMU:

✔ Durch die Einführung einer allgemeinen formellgesetzlichen Regelung wird die Systematik der bisher geltenden einzelgesetzlichen Regelungen transparenter und damit die Nachvollziehbarkeit der Leistungsgewährung verbessert.

✔ Indem der Regierungsrat die Lohnnebenleistungen in Form und Umfang dem Grossen Rat zur Genehmigung vorlegen muss, wird sichergestellt, dass die Leistungen so bemessen sind, dass kein Wettbewerbsnachteil für die privatwirtschaftlichen Unternehmen entsteht.

► Wir bitten Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.



Gewerbeverband Basel-Stadt

Elisabethenstrasse 23

Postfach

4010 Basel

+41 61 227 50 50

info@gewerbe-basel.ch

[kmu-check abmelden](#)